

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Erster Abschnitt	
Die Einordnung der typischen Konfliktfälle im Personengesellschaftsrecht in das System des einstweiligen Rechtsschutzes	5
A. Die typischen, einstweiligem Rechtsschutz zugänglichen Konfliktfälle im Personengesellschaftsrecht	5
I. Das Gesellschaftsverhältnis als Ausgangspunkt und Begrenzung der zu untersuchenden Konfliktfälle	5
II. Der Streit um die Mitgliedschaftsrechte und -pflichten als die typischen Konfliktfälle im Personengesellschaftsrecht	6
1. Die Vermögensrechte und -pflichten der Gesellschafter	7
2. Die Verwaltungsrechte und -pflichten der Gesellschafter	7
3. Besonderes Bedürfnis nach einstweiligem Rechtsschutz bei Streit um Verwaltungsrechte bzw. -pflichten sowie um Vermögensrechte bzw. -pflichten	8
a) Erhöhte Konfliktträchtigkeit aufgrund der Personenbezogenheit der Gesellschaften	10
b) Die einzelnen, einstweiligem Rechtsschutz zugänglichen Konfliktlagen	11
B. Die zur einstweiligen Sicherung bzw. Regelung der Konfliktfälle in Betracht kommenden Maßnahmen	14
I. Arrest und einstweilige Verfügung als die Erscheinungsformen des einstweiligen Rechtsschutzes	14
II. Der Arrest als Sicherungsmittel bei Streit um Vermögensrechte der Gesellschafter bzw. der Gesellschaft	16
1. Vermögensrechte regelmäßig als Geldansprüche	17

II

2. Sicherung einer - noch nicht fälligen - Forderung auf das Auseinandersetzungsguthaben durch Arrest	17
3. Gesellschaft oder Gesellschafter als Antragsgegner	20
III. Die einstweilige Verfügung als Sicherungsmittel bei Konflikten um die Verwaltungsrechte und -pflichten	21
1. § 935 ZPO und § 940 ZPO als Generalklauseln?	22
2. Die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen §§ 935 und 940 ZPO	23
a) Unterschiedliche Zulässigkeitskriterien	24
b) Unterschiedliche Gefährdungslagen	24
c) Ergebnis	27
3. § 940 ZPO als die für den Maßnahmeerlaß regelmäßig in Frage kommende Verfügungsart	27
4. Die Voraussetzungen für den Erlaß einstweiliger Verfügungen gemäß § 940 ZPO im Personengesellschaftsrecht	30
5. Die gemäß § 940 ZPO in Betracht kommenden Maßnahmen	32
C. Die Zulässigkeit und der Anwendungsbereich von befriedigenden einstweiligen Verfügungen im Personengesellschaftsrecht	35
I. Die problematischen Fallgestaltungen	35
1. Unergiebigkeit der in Rechtsprechung und Literatur anerkannten Fallgruppen	36
a) Einstweilige Verfügung auf Zahlung einer Geldsumme und auf Herausgabe einer Sache	36
b) Betonung des Ausnahmecharakters	38
2. Uneinheitliche Auffassung in der gesellschaftsrechtlichen Literatur und Rechtsprechung	41
3. Zusammenfassung und Ergebnis zu I	46
II. Die Rechtsgrundlage befriedigender einstweiliger Verfügungen	46
1. Rechtsgrundlage in der Rechtsprechung überwiegend § 940 ZPO	46
2. Widersprüchliches Meinungsbild in der Literatur	48

III

- a) Grundsätzliche - von Ausnahmen durchbrochene -
Bejahung eines Vorwegnahmeverbotes in § 940 ZPO durch die h.M. 48
- b) Lösungsvorschläge der Mindermeinung 51
 - aa) Leipolds Konzept einer offenlassenden Eilentscheidung 52
 - bb) Generelle Ablehnung eines Vorwegnahmeverbotes in § 940 ZPO 53
 - cc) Lediglich prozessual wirkendes Einstweiligkeitsgebot in § 940 ZPO 54
- c) Zusammenfassung und Ergebnis zu II. 55

III. Eigene Stellungnahme zur Rechtsgrundlage befriedigender einstweiliger Verfügungen 56

- 1. Kein "prozessuales" Einstweiligkeitsgebot in § 940 ZPO 56
- 2. Keine "entgegengesetzten" Rechtsschutzziele in den §§ 935 und 940 ZPO 57
- 3. "Anspruchssicherung" als einheitliches Ziel des einstweiligen Rechtsschutzes der ZPO 58
- 4. Ergebnis zu III. 60

IV. Befriedigende einstweilige Verfügung als Rechtsfortbildung 61

- 1. Besonderes summarisches Verfahren auf Leistung 61
- 2. Verfügungsgrund als Ort der Entscheidung über den Maßnahmeerlaß 64
 - a) Erfordernis eines besonderen Verfügungsgrundes 64
 - b) Vorrangige Berücksichtigung der Interessen des Antragsgegners am Nichterlaß einer befriedigenden einstweiligen Verfügung 66
 - c) Erforderlichkeit der Interessenabwägung 69

D. Zusammenfassung zu IV und Ergebnis des ersten Abschnitts 70

Zweiter Abschnitt

Die Voraussetzungen für den Erlaß einstweiliger Maßnahmen in Einzelfällen	72
A. Einstweiliger Rechtsschutz und gesellschaftsrechtlicher Willensbildung	72
I. Vorgehen gegen Gesellschaft oder einzelne Gesellschafter	73
II. Die unterschiedlichen Möglichkeiten der Einwirkung auf die Willensbildung der Gesellschaft durch eine einstweilige Verfügung	73
III. Die Maßnahmen im einzelnen	75
1. Untersagung der Beteiligung an einer Abstimmung	76
a) Untersagungsverfügung als Regelungs- oder befriedigende einstweilige Verfügung?	76
b) Abwägung der beiderseitigen Interessen	78
2. Verbot der Teilnahme an einer Gesellschafterversammlung bzw. Verbot der Abhaltung einer Gesellschafterversammlung	81
3. Untersagung einer Beschlußfassung bzw. einer Stimmrechtsausübung in einem bestimmten Sinne	82
a) Durchsetzbarer Verfügungsanspruch auf Unterlassung?	84
aa) Grundsätzlich Anspruch auf Unterlassung einer Stimmabgabe in einem bestimmten Sinne	84
bb) Einschränkung der Klagbarkeit durch das Verbot der Einwirkung auf die Willensbildung der Gesellschaft	85
(1) Die Auffassung in Rechtsprechung und Lehre	85
(2) Eigene Stellungnahme	88
b) Ausnahmen vom Verbot der Einwirkung auf die Willensbildung der Gesellschaft bzw. der Gesellschafter	92
aa) Unterlassung einer abredewidrigen Stimmabgabe	92
bb) Eindeutige Rechtslage und besonderes Schutzbedürfnis	96

4. Die Herbeiführung einer bestimmten Beschlußfassung oder einer bestimmten Stimmabgabe	99
a) Weitergehendes Verbot der Einwirkung auf die Willensbildung der Gesellschaft	100
b) Fehlende Dringlichkeit in vielen Fällen	102
c) Ausnahmsweise Durchsetzung von Stimmrechtsverträgen im Wege einer einstweiligen Verfügung	104
aa) Problem der einstweiligen Verfügung auf Abgabe einer Willenserklärung	104
bb) Regelmäßig Vorrang des Interesses des Antragsgegners am Nichterlaß einer einstweiligen Verfügung auf Abgabe einer Willenserklärung	107
5. Zusammenfassung und Ergebnis zu A	110
B. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Vollziehung von Gesellschafterbeschlüssen	111
I. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der tatsächlichen Ausführung des Beschlusses	111
1. Regelungsverfügung oder befriedigende einstweilige Verfügung?	113
2. Verteilung der Glaubhaftmachungslast	115
II. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Eintragung des Beschlusses in das Handelsregister	117
1. Fehlendes Bedürfnis für Unterlassungsverfügungen im Personengesellschaftsrecht	118
2. Ersetzung der Anmeldung des sich weigernden Gesellschafters durch einstweilige Verfügung	120
3. Die Bindungswirkung einer einstweiligen Verfügung gemäß § 16 Abs. 1 HGB für das Registergericht	121
4. Bindung des Registergerichts an einstweilige Verfügungen gemäß § 16 Abs. 2 HGB	123
III. Zusammenfassung zu B	125

C. Einstweiliger Rechsschutz im Zusammenhang mit der Entziehung der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis	127
I. Entziehung der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis durch gerichtliches Urteil gemäß §§ 117, 127 HGB	127
1. Vorläufige Entziehung der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis als befriedigende einstweilige Verfügung	127
a) Die Auffassung der h.M.	128
b) Eigene Stellungnahme	129
2. Die Voraussetzung für den Erlaß einer befriedigenden einstweiligen Verfügung auf Entziehung der Geschäftsführungs- und Vertretungsmacht	132
3. Neuordnung des Gesellschaftsverhältnisses durch Einsetzung eines anderen Geschäftsführers durch einstweilige Verfügung?	134
a) Das Vorhandensein eines Einzelgeschäftsführers oder von zwei gesamtgeschäftsführungs- und vertretungsberechtigten Geschäftsführern als die Problemfälle	135
b) Die für das Hauptverfahren entwickelten Lösungsvorschläge und ihre Geeignetheit für das Verfahren der einstweiligen Verfügung	135
aa) Rechtslage bei der OHG	137
(1) Automatischer Eintritt von Gesamtgeschäftsführung und Gesamtvertretung	137
(2) Weitergehender Maßnahmeerlaß bei Anhängigkeit einer Hauptsacheklage	139
(a) Einstweilige Verfügung auf Zustimmung zu einer Neuordnung der Geschäftsführung	140
(b) Bestellung eines Drittorgans durch das Gericht nur in Ausnahmefällen	142
(3) Zusammenfassung und Ergebnis zu aa	146
bb) Rechtslage bei der KG	147

(1) Unzulässigkeit der Entziehung der Vertretungsbefugnis des einzigen Komplementärs durch einstweilige Verfügung?	148
(2) Gesamtvertretung von Komplementär und Kommanditist als Lösungsvorschlag	149
cc) Rechtslage bei der GmbH & Co. KG	152
(1) Verantwortlichkeit der GmbH für das Verhalten ihrer Geschäftsführer	153
(2) Abberufung des oder der Geschäftsführer durch die GmbH-Gesellschafter als milderer Mittel?	154
(3) Direktes Vorgehen gegen den Geschäftsführer der GmbH bei fehlender Gesellschafteridentität von KG und GmbH	155
4. Das Problem der Mitwirkung aller Gesellschafter an der vorläufigen Entziehung der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis gem. §§ 117, 127 HBG	157
a) Verbindung von Mitwirkungs- und Entziehungsklage als Lösung im Hauptsacheverfahren	158
b) Fehlende Geeignetheit dieses Lösungsvorschlags im Verfahren der einstweiligen Verfügung	159
c) "actio pro socio" als geeigneter Lösungsansatz	162
aa) Die Einzelklagebefugnis als Ausnahme von der gesamthänderischen Gebundenheit der Ansprüche aus dem Gesellschaftsverhältnis	162
bb) Notwendigkeit der Teilnahme aller Gesellschafter am Verfahren im Hinblick auf die gestaltende Wirkung der einstweiligen Verfügung?	166
d) Ergebnis zu 3.	169
II. Entziehung der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis durch Beschluß	170
1. Einstweiliger Rechtsschutz zugunsten der abberufenden Gesellschafter	170

VIII

2. Einstweiliger Rechtsschutz zugunsten des abberufenen Geschäftsführers	173
3. Besondere Rechtslage in der personalistisch strukturierten GmbH	176
D. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit einzelnen Geschäftsführungsmaßnahmen	181
I. Einstweilige Verfügung gegen den widersprechenden Geschäftsführer	181
II. Einstweilige Verfügung zugunsten des widersprechenden Geschäftsführers	183
III. Einstweilige Verfügung auf Zustimmung zu Geschäftsführungsmaßnahmen bei Gesamtgeschäftsführungs- und Gesamtvertretungsbefugnis	185
IV. Einstweilige Verfügung gegen Geschäftsführungsmaßnahmen durch nichtgeschäftsführende Gesellschafter	188
1. Außergewöhnliche Geschäftsführungsmaßnahmen	188
2. Einfache Geschäftsführungsmaßnahmen	191
E. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit den Kontrollrechten der nichtgeschäftsführenden Gesellschafter	192
I. Maßnahmeerlaß bei den allgemeinen Kontrollrechten in der BGB-Gesellschaft und der OHG	193
II. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit den besonderen Kontrollrechten des Kommanditisten	197
F. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit Wettbewerbsverboten der Gesellschafter	200
G. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Zahlung einer Geldsumme	203
I. Einstweilige Verfügung auf Zahlung eines Kapital- bzw. Gewinnanteils gemäß § 122 HGB	204
II. Einstweilige Verfügung im Zusammenhang mit Aufwendungs- bzw. Schadensersatzansprüchen sowie Vergütungsansprüchen des Geschäftsführers	206

IX

H. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Bestellung und Abberufung von Liquidatoren	207
I. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Ausschliefung aus der Gesellschaft	209
K. "Feststellender" einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit Streitigkeiten über Status- und Grundlagenfragen	211

Dritter Abschnitt

Einstweiliger Rechtsschutz im gesellschaftsrechtlichen Schiedsgerichtsverfahren	214
A. Die Kompetenz des Schiedsgerichts zum Erlaß von Eilanordnungen	215
B. Konkurrierende Kompetenz von Schiedsgericht und staatlichem Gericht bei Eilmaßnahmen im Personengesellschaftsrecht	220
C. Die Auslegung der einfachen Schiedsklausel	222
D. Begründung der ausschließlichen Zuständigkeit des Schiedsgerichtes durch besondere Schiedsklausel?	224
E. Zusammenfassung und Ergebnis zum dritten Abschnitt	226

Vierter Abschnitt

Zusammenfassung der wesentlichen Untersuchungsergebnisse	227
--	-----